

**Antrag 151/I/2024****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Queere Rechte weltweit stärken - Queerpolitik auch in Städtepartnerschaften einbeziehen**

1 Die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-  
2 Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert in  
3 enger Zusammenarbeit mit Akteur\*innen der Zivilgesell-  
4 schaft ein Konzept zum Einbezug queerpolitischer Arbeit  
5 in bestehenden und zukünftigen Städtepartnerschaften  
6 zu entwickeln. Dies soll folgende Aspekte beinhalten:

- 7
- 8 • Ein bindender queerpolitischer Anforderungskata-  
9 log, welcher den rechtlichen Status queerer Men-  
10 schen, die Menschenrechtslage und die Angebo-  
11 te für queere Menschen in aktuellen oder avisiert-  
12 ten Partnerkommunen genau definiert und Defi-  
13 zite klar benennt. Ebenfalls klar definiert werden  
14 soll, unter welchen Umständen eine Partnerschaft  
15 kritisch begleitet oder im letzten Schritt beendet  
16 werden muss, sollten Rechte queerer Menschen be-  
17 droht oder eingeschränkt werden. Ein solches Kon-  
18 zept muss auch beinhalten, wie die queere Com-  
19 munity vor Ort weiterhin unterstützt werden kann,  
20 auch wenn die Städtepartnerschaft nicht fortge-  
21 setzt wird, bspw. durch Grußworte oder Teilnahmen  
22 an örtlichen Pride-Veranstaltungen oder durch re-  
23 gelmäßigen Austausch zur aktuellen Situation. In  
24 der Öffentlichkeitsarbeit des Senats werden Miss-  
25 stände offen angesprochen, um gefährdeten quee-  
26 ren Communities eine Stimme und Zugang zur öf-  
27 fentlichen Debatte zu geben.
  - 28 • Eine Aktualisierung des Katalogs findet in einem  
29 festzulegenden Turnus unter Einbezug der Zivilge-  
30 sellschaft statt.
  - 31 • Bei Delegationsreisen sollen queerpolitisch akti-  
32 ve Akteur\*innen der Zivilgesellschaft grundsätzlich  
33 auch berücksichtigt werden. In regelmäßigen Ab-  
34 ständen sollten zudem Treffen mit Vertreter\*innen  
35 der queeren Community bewusst in den Ablauf der  
36 Delegationsreisen eingeplant werden.

37  
38 Die SPD-Mitglieder der Bezirksämter und die SPD-  
39 Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen  
40 werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, einen sol-  
41 chen Kriterienkatalog in der Städtepartnerschaftsarbeit  
42 der Bezirke zu berücksichtigen und parallel anzuwenden.